

Kostenfrage und ethische Bedenken



Bild Selwyn Hoffmann

Werner Messmer (FDP, TG, 2. v. r.) vom Initiativkomitee mit Hugo Bosshart (EVP), Robert Rahm, Samuel Erb (SVP), Manuela Heller (EDU), Erwin Sutter (EDU) und Marcel Montanari (JFSH) (v. l.) vom Schaffhauser Pro-Komitee.

Ein regionales Komitee macht sich für die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» stark. Gestern stellte es seine Argumente den Medien vor.

von Vanessa Buff

Schwangerschaftsabbrüche sollen künftig nicht mehr von der obligatorischen Krankenkasse übernommen, sondern privat finanziert werden das möchte eine Initiative, die am 9. Februar zur Abstimmung kommt. In Schaffhausen hat sich nun ein regionales Komitee gebildet, das dieses Anliegen unterstützt und gestern seine Argumente den Medien präsentierte. «Diese Initiative ist kein Angriff auf die Fristenlösung, wie das von den Gegnern behauptet wird», sagte der Thurgauer alt Nationalrat Werner Messmer (FDP), der als Vertreter der Initianten geladen war. Vielmehr wolle der Vorstoss erreichen, dass niemand Abtreibungen mitfinanzieren müsse, der diese ethisch nicht vertreten könne. «Minderheiten sollen so weit wie möglich nicht zu einem Verhalten gezwungen werden, das gegen die allgemeingültige christliche Lehre verstösst. Das macht eine liberal geprägte Gesellschaft aus», so Messmer.

Grenzen der Solidarität

Manuela Heller, Vorstandsmitglied der EDU Schaffhausen, nahm diesen Punkt auf; Solidarität habe ihre Grenzen da, wo es um die Rechte anderer gehe. SVP-Kantonsrat Samuel Erb sowie der Hallauer Unternehmer Robert Rahm konzentrierten sich in ihren Stellungnahmen hingegen mehr auf die finanziellen Aspekte des Anliegens. «Es steht jedem frei, für den Fall einer Abtreibung eine Zusatzversicherung für etwa zwei bis drei Franken pro Monat abzuschliessen», so Erb. Und Rahm sagte, der Bundesrat gehe zwar davon aus, dass mit der Initiative nur acht Millionen Franken eingespart werden könnten; dabei verschweige er aber die Folgekosten, die durch psychische Probleme nach einer Abtreibung entstehen könnten. «Hinzu kommt, dass durch die private Finanzierung etwa 1000 Abtreibungen pro Jahr verhindert werden könnten.»

Eigenverantwortung wahrnehmen

Marcel Montanari, Präsident der Jungfreisinnigen Schaffhausen, appellierte an die Eigenverantwortung der Beteiligten: «Abtreibung wird heute oft als Verhütungsmittel missbraucht. Es kann nicht sein, dass die Gesellschaft einen solchen egoistischen Lifestyle mitfinanzieren muss.» Hugo Bosshart, Co-Präsident der EVP Schaffhausen, der zusammen mit EDU-Kantonsrat Erwin Sutter die Runde komplettierte, ging auf die Argumente der Abstimmungsgegner ein: Es sei absurd zu behaupten, Frauen würden bei Annahme der Initiative vermehrt in die Illegalität gedrängt. «Bestes Beispiel ist Österreich, wo seit Jahren eine private Abtreibungsfinanzierung gilt und wo keine Frau deswegen zu einem Kurfuscher gehen muss», sagte Bosshart. Das Komitee, das im Kern aus rund 15 Personen besteht, will nun unter anderem mit Standaktionen auf sein Anliegen aufmerksam machen. Diese beginnen am kommenden Samstag.